



Sparpaket
Die Fakten
Seite 2



Strategie
Unsere Forderungen
Seite 2



Ausstieg
Atomausstieg muss
bleiben
Seite 4

Strategie Zukunft: Weg mit dem Sparpaket. Kurswechsel für ein gutes Leben.

Annahme verweigert!

Mit einem Sparpaket will die Bundesregierung ihren Haushalt in Ordnung bringen. Zur Ader gelassen werden vor allem die Schwächsten der Gesellschaft: Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger. Auch bei Familien soll gespart werden. Besserverdienende und Vermögende werden dagegen verschont. Die Verursacher der Krise – Bankmanager und Finanzspekulant – machen munter weiter. Deshalb sagen wir: Nein Danke, wir lehnen das Sparpaket ab. Es ist unausgewogen, unfair und ungerecht. Wir schicken es an den Absender zurück: Annahme verweigert!

Das Sparpaket soll den Etat der Bundesregierung bis 2014 um insgesamt 82 Milliarden Euro entlasten, die Bürgerinnen und Bürger sollen ab 2011 zusätzliche Lasten schultern. Knapp zwei Drittel sollen durch Kürzungen hereinkommen, das restliche Drittel durch Steuererhöhungen.

Hohe Einkommen und große Vermögen werden nicht belastet, bei den Schwächsten der Gesellschaft will sich die Regierung über 30 Milliarden Euro holen. Die Kürzungen der Sozialausgaben sind der mit Abstand dickste Brocken im Sparpaket.

Das ist nicht nur ungerecht, es bremst auch die wirtschaftliche Erholung. Wer bei Arbeitslosen und Familien spart, würgt den Konsum und damit die Konjunktur ab. Wir fordern: Bittet die Verursacher der Krise zur Kasse! Die

bisher geplante Beteiligung des Bankensektors – ab 2012 jährlich zwei Milliarden Euro – macht gerade mal sieben Prozent des Sparpakets aus. Dabei wurden die Banken mit 30 Mrd. Steuergeldern gestützt, hinzu kamen 152 Mrd. an öffentlichen Garantien. Die Bankenabgabe ist dabei keineswegs sicher. Ob sie kommt, steht in den Sternen. Im Unterschied zu den Sozialkürzungen – die hat Schwarz-Gelb schon fest verabredet.

13.11.
Schloßplatz
Stuttgart

**Kurswechsel für ein
gutes Leben**



Terminplan:

- 22. September: Große Funktionskonferenz in Sindelfingen
- Oktober/November: Informationen und Aktionen vor Ort
- 13. November: Landesweite Kundgebung in Stuttgart

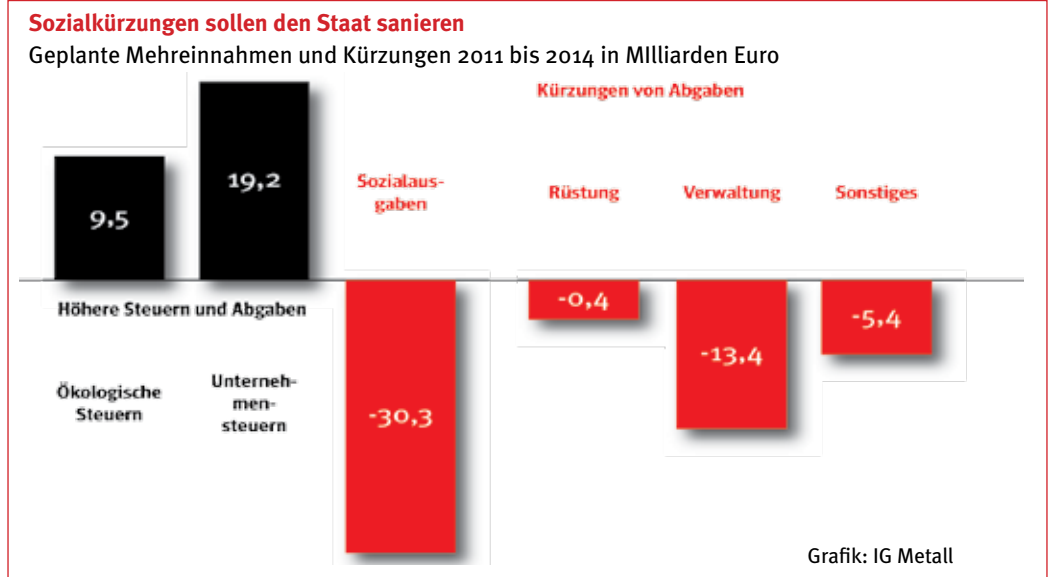
Wo gespart werden soll



- ▲ Aus Pflichtleistungen für Arbeitslose werden Ermessensleistungen (16 Mrd. €)
- ▲ Der Rentenbeitrag für Hartz IV-Empfänger wird gestrichen (7,2 Mrd. €)
- ▲ Der Zuschlag für den Übergang von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II wird abgeschafft (800 Mio. €)
- ▲ Das Elterngeld für Hartz IV-Empfänger entfällt (1,6 Mrd. €)
- ▲ Das Elterngeld für ehemals Beschäftigte wird reduziert (800 Mio. €)
- ▲ Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger wird gestrichen

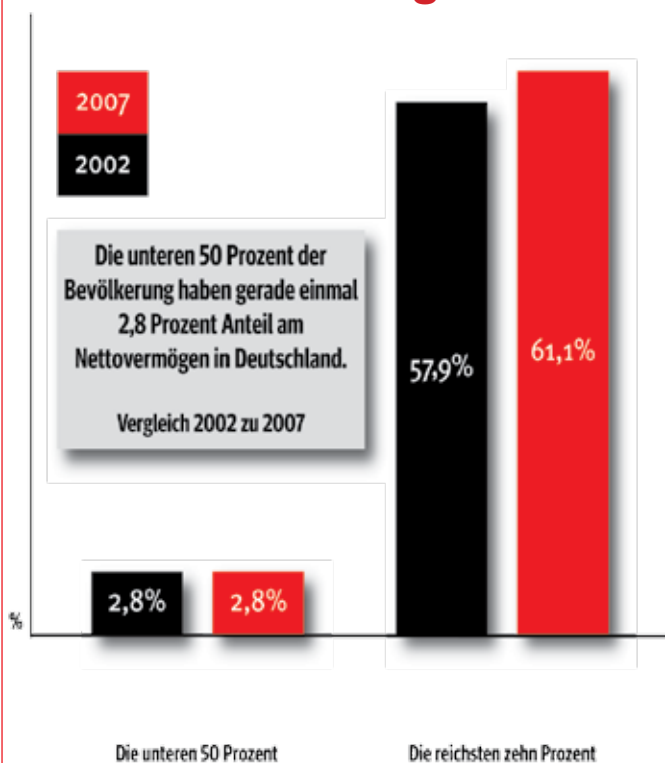
Der Hammer:

Anfang 2010 hat die schwarz-gelbe Koalition eine Reihe steuerlicher Wohltaten ausgeschüttet. Profitiert haben davon vor allem die Besserverdienenden, die Unternehmer und die Reichen. Allein den Hoteliers im Land wurde so jährlich etwa 1 Milliarde Euro zugeschanzt. Insgesamt reisen die Wohltaten Haushaltslöcher von etwa 35 Milliarden Euro. Ohne sie, wären alle Sozialkürzungen im Sparpaket überflüssig.



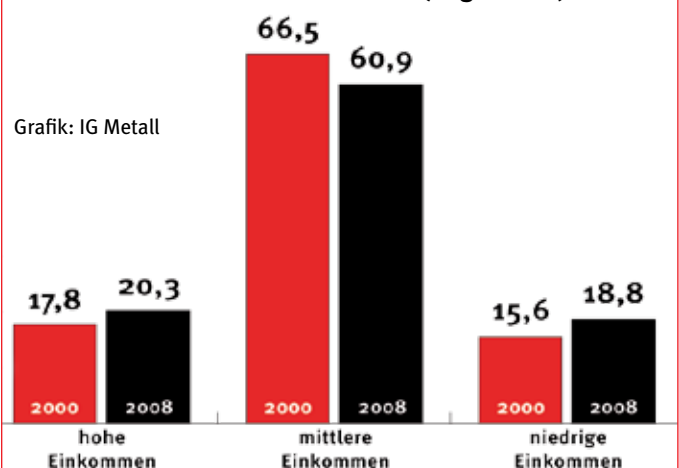
Die Gesellschaft wird gespalten

Steigende Ungleichverteilung von Vermögen



Die angepeilten Sparmaßnahmen vergrößern die Kluft in Deutschland. Die Zahl der Haushalte mit geringem Einkommen hat in den letzten zehn Jahren drastisch zugenommen. Mini- und Midi-Jobs und vor allem der extrem hohe Zuwachs der Leiharbeit haben die Situation weiter verschärft. Aber auch die Einkommensunterschiede haben sich verändert. Die Mittelschicht schmilzt, zu diesem Schluss kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer aktuellen Studie. Dagegen wächst die Zahl der hohen Einkommen und vor allem die der niedrigen Einkommen.

Mittelschicht schmilzt von allen Haushalten hatten (Angaben %):



Gemeindefinanzen brechen weg

Streichung bei Bildung, Kultur und Sozialeinrichtungen droht

STRATEGIE ZUKUNFT

Die Krise traf insbesondere die Gemeindefinanzen. Sie hatten 2009 mit einem Defizit von 7,2 Milliarden Euro zu kämpfen, 2010 werden es über 15 Milliarden Euro sein. Statt über Steuerersenkungen nachzudenken, muss dringend die Einnahmehbasis der Kommunen gestärkt werden. Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform. Allein der Rückgang bei der Gewerbesteuer verringert die Einnahmen um insgesamt etwa zehn Milliarden Euro für 2009 und 2010.

Ohne die größeren Steuerrechtsänderungen der letzten

zehn Jahre, die insbesondere Unternehmen, Spitzenverdiener und hohe Einkommen entlasteten, hätten die Kommunen heute Mehreinnahmen von jährlich über acht Milliarden Euro.

Auf der Strecke bleiben Leistungen die für die arbeitende Bevölkerung unverzichtbar sind. Bildungs- und Jugendeinrichtungen, Kultur- und Sportetats, und Sozialeinrichtungen fallen dem Rotstift zum Opfer und auch das Versprechen eines Anspruchs auf ganztägige Kinderbetreuung droht an der Finanzknappheit zu scheitern.

Die IG Metall fordert daher statt unsozialer Sparpakete:

- Einen nationalen Lastenausgleich, durch den die Lasten der Krise mit einer Abgabe auf Vermögen abgetragen werden.
- Eine Besteuerung hoher Einkünfte, um die Zukunftsaufgaben, wie Bildung und Innovation zu finanzieren.
- Eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.
- Eine Gemeindefinanzreform, um die Einnahmehbasis der Kommunen zu stärken.

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann:

Wir brauchen einen Kurswechsel

Mit einer Funktionärskonferenz am 22. September läutet die IG Metall Baden-Württemberg ihre Herbstaktivitäten gegen eine wachsende Ungerechtigkeit in unserem Lande ein.

Die Konferenz ist ein erstes deutliches Zeichen unserer Forderung nach einem Kurswechsel der Politik.

Statt die Krisenlasten einseitig auf die Schultern der Schwachen zu legen, müssen die Krisenverur-

sacher zur Kasse gebeten werden.

Statt der Jugend immer weniger sichere Perspektiven zu bieten, müssen Bildung, Ausbildung und Übernahme verbessert und prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit verhindert werden.

Statt die Bürger durch eine Kopfpauschale noch mehr zu belasten, muss die Sozialversicherung auch in Zukunft paritätisch finanziert werden. Und statt die Menschen

durch die Rente ab 67 in die Altersarmut zu treiben, brauchen wir Arbeitsbedingungen, die ein Arbeiten bis zur Rente überhaupt erst möglich machen.

Darum geht es. Und dazu kann jeder beitragen. Die IG Metall bietet in den nächsten Wochen zahlreiche Möglichkeiten, den Protest zu artikulieren und der Politik deutlich zu machen: Wir wollen einen Kurswechsel zu mehr Gerechtigkeit in diesem Land!



Nein zum Ausstieg vom Atomausstieg

Die IG Metall bleibt dabei: Kein Ausstieg vom Ausstieg! Der Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht rückgängig gemacht werden. Es gilt, alternative Energiequellen zu fördern, statt gefährlichen Atommüll in unsicheren Endlagern zu entsorgen.

Die IG Metall kämpft mit gegen die Atomlobby. Das wurde auf dem Gewerkschaftstag 2007 auch so beschlossen. Nach Angaben der OECD sind die Uranvorräte ohnehin in 65 Jahren aufgebraucht - daran ändern auch längere Laufzeiten nichts, wie sie Energiekonzerne und Bundesregierung jetzt beschlossen haben. Sie bewirken lediglich, dass der Ausbau alternativer Energiepotenziale gedrosselt wird und damit den Klimawandel verschärfen. Die Frage der Endlagerung des Atommülls ist weiter ungelöst. Darüberhinaus hat sich die Branche für regenerative Energieerzeugung in Deutschland kräftig entwickelt und tausende von Arbeitsplätzen geschaffen. Diese Entwicklung zu gefährden ist sträflich.

Die Laufzeitverlängerung bringt allein den Energiekonzernen Milliarden Gewinne – die Bundesregierung betreibt hier knallharte Lobbypolitik für diese Konzerne.



Beitrittserklärung

Gemeinsam stark.



Name		Vorname		Geburtsdatum		Geschlecht M/W	
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Land	PLZ	Wohnort		Telefon			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>			
Straße		Hausnummer		E-Mail			
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>			
beschäftigt bei		Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium		<input type="checkbox"/> Vollzeit		<input type="checkbox"/> Teilzeit	
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Bruttoeinkommen in Euro	Bankleitzahl	Bank/Zweigstelle		Konto-Nummer			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>			
Beitrag	Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in		Eintritt ab				
<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>				

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift